



Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen

Sektion Politische Psychologie

Angewandte Sozialpsychologie

Newsletter Januar 2025

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES

1. Hochschule Osnabrück – Einladung zu Veranstaltungen des transdisziplinären Projekts „Vielfaltsdiskurse“
2. FidAR: Rückblick auf ein erfolgreiches Jahr 2024
3. FidAR: Veranstaltungsprogramm

VERÖFFENTLICHUNGEN

1. BDP - Pressemitteilung mit Appell zur Bundestagswahl 2025
2. DIW Berlin: Artikel - Wieso die politische Rechte gewinnt
3. FidAR: Veröffentlichung des Positionspapiers
4. DIW Berlin: Artikel - Reduzierung von Kinderarmut
5. Sustainable Blue Economy Partnership: neue SRIA veröffentlicht
6. DIW Berlin: Bericht – Immer mehr Vorständinnen und Aufsichtsrätinnen, aber nach wie vor ein weiter Weg bis zur Geschlechterparität

AKTUELLES

- Hochschule Osnabrück – Einladung zu Veranstaltungen des transdisziplinären Projekts „Vielfaltsdiskurse“

Guten Tag,

wir hoffen, Sie sind gut in das Jahr 2025 gestartet. Wir befinden uns in Zeiten, in denen gesellschaftlicher Zusammenhalt eine wichtige Ressource im Umgang mit rechtsradikalen und anti-

demokratischen Tendenzen ist. Deshalb möchten wir auch in diesem Jahr wieder einen Teil dazu beitragen, Vielfalt wertzuschätzen, Diskriminierung abzubauen und den wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs rund um diese Themen lösungsorientiert mitzugestalten.

Wir laden Sie im Rahmen des **transdisziplinären Projekts „Vielfaltsdiskurse“**, finanziert durch das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur, unter der Leitung von **Prof. Dr. Petia Genkova** herzlich zu den folgenden Veranstaltungen ein. Die [Aufzeichnungen der vergangenen Veranstaltungen](#) stehen Ihnen auf der Projektwebsite zur Verfügung.

22.01.2025 – Diskussionsrunde "Migrationsforschung goes politics"

Die **zweite Diskussionsrunde findet am Mittwoch, 22.01.2025, von 14-16 Uhr** statt. Gemeinsam mit Prof. Dr. Vassilis Tsianos (Professor für Soziologische Grundlagen der Kindheitspädagogik der Fachhochschule Kiel und Vorstandsvorsitzender des Rates für Migration e. V.), Prof. Dr. Simon Goebel (Professor für Soziale Arbeit und Diversität an der Hochschule Augsburg), Fabio Ghelli (Mediendienst Integration) und Vera Hanewinkel (wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität Osnabrück im Projekt focus Migration zur Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse in diesem Themenbereich) besprechen wir aktuelle Herausforderungen, Bedarfe und Lösungsansätze der Wissenschaftskommunikation und (kritischen) Politikbegleitung/-beratung im Themenfeld Migration.

- <https://hs-osnabrueeck.zoom.us/j/97689790795?pwd=CMlQg8hHMhloaXo9NTpimMQ2yzz4Zn.1>
 - Meeting-ID: 976 8979 0795, Kenncode: 426911

19.02.2025 – Diskussionsrunde "Einseitige Wissenschaft, einseitige Wissenschaftskommunikation?"

In der **dritten Diskussionsrunde am Mittwoch, 19.02.2025, von 12-14 Uhr** sprechen wir mit Expert*innen über aktuelle Herausforderungen, Bedarfe und Lösungsansätze der Wissenschaftsbetriebs und der daraus resultierenden Wissenschaftskommunikation im Themenfeld Diversity. Nach aktuellem Stand nehmen PD Dr.in Kristin Eichhorn (Abteilungsleiterin Neuere Deutsche Literatur I am Institut für Literaturwissenschaft der Universität Stuttgart) und Sophia Hohmann (Netzwerk gegen Machtmissbrauch in der Wissenschaft e. V.) an der Diskussion teil. Wir stehen mit weiteren Expert*innen in Kontakt, die die Runde noch bereichern werden.

- <https://hs-osnabrueeck.zoom.us/j/99985063380?pwd=oPcEZipoZJ8XQmWdITZAZFOTRhD64g.1>
 - Meeting-ID: 999 8506 3380, Kennwort: 332310

25.03.2025 – Workshop "Interkulturelle Kompetenzen und ihre Bedeutung im Arbeitskontext"

In dem Workshop am **Dienstag, 25.03.2025, von 12.30-14.30 Uhr** stellt Prof. Dr. Petia Genkova den „Cult Euro 1“, einen Test zur Messung interkultureller Kompetenz praxisnah und anhand von eindrücklichen Beispielen vor. Der „Cult Euro 1“-Test leistet Pionierarbeit in der Messung interkultureller Kompetenz und ist für den renommierten Validierungspreis 2025 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) nominiert (s. [Pressemitteilung der HS Osnabrück](#)). Die Veranstaltung wird bereichert durch Berichte von Detlev Blenk (Equality, Diversity & Inclusion Manager) über die interkulturelle Zusammenarbeit bei IKEA Deutschland.

- <https://hs-osnabrueeck.zoom.us/j/91686570276?pwd=9vDpNFfiZyYOfeeXMAVxAC0XOyr4aBl.1>
 - Meeting-ID: 916 8657 0276, Kennwort: 424798

Wir freuen uns auf Ihr Kommen und den Austausch mit Ihnen!

Herzliche Grüße

Ihr Team der Vielfaltsdiskurse

Dr.ⁱⁿ Lisa Tometten (sie/ihr)

Wissenschaftliche Mitarbeiterin „Vielfaltsdiskurse“
Hochschule Osnabrück
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (WiSo)

- **FidAR: Rückblick auf ein erfolgreiches Jahr 2024**

FidAR hat im Jahr 2024 **bedeutende Fortschritte** erzielt. Insgesamt wurden **sechs FidAR-Studien** veröffentlicht, **mehr als 250 Social-Media-Posts** veröffentlicht und **über 90 Veranstaltungen** durchgeführt. Die **Mitgliederzahl** stieg auf etwa **1400**, und FidAR konnte das **Netzwerk auf acht Regionen erweitern** – neu hinzugekommen ist die Region Ost. Ein großes Dankeschön gilt den Regionalvorständen und Komitees für ihr großes Engagement.

FidAR freut sich, in diesem Jahr **fünf neue Fördermitglieder** begrüßen zu können: 2TOP, Deloitte, E.ON, The Boardroom und Diligent. Auch den bestehenden Fördermitgliedern wie BSR, BWI, CMS, Deutsche Bahn, Forvis Mazars, ING, MFC, Page Executive, Quirin Privatbank und Software sowie der Unternehmenskooperation Sanofi gebührt ein besonderer Dank. Sanofi engagiert sich global für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern.

Obwohl **Fortschritte bei der gleichberechtigten Teilhabe** erzielt wurden, bleibt das Ziel der Parität noch unerreicht. Die Studien belegen einen Anstieg der Frauen in Top-Positionen, vor allem in Aufsichtsräten und Vorständen. Dabei spielen gesetzliche Rahmenbedingungen eine entscheidende Rolle, auch wenn die Zielgrößen noch nicht konsequent benannt werden. FidAR fordert daher eine Ausweitung der verbindlichen Regelungen auf mehr Unternehmen und die konsequente Durchsetzung von Sanktionen.

Im politischen Bereich hat sich das **Ziel „Parität 2030“** als zunehmend schwieriger herausgestellt. Trotz des politischen Rückschlags in Bezug auf die Ampel-Koalition bleibt das Engagement hoch, und FidAR setzt sich für die Unterstützung von laufenden Petitionen des Deutschen Frauenrats und UN Women Deutschland ein, um den Druck auf die Zivilgesellschaft zu erhöhen. Die Forderungen müssen auch in den bevorstehenden Wahlkampf eingebracht werden.

FidAR **ruft alle Mitglieder des Netzwerks dazu auf**, sich aktiv für Gleichstellung einzusetzen, sei es durch die Teilnahme an Veranstaltungen, den Austausch von Erfahrungen oder die Weitergabe des Themas in verschiedenen sozialen Kontexten. Gemeinsam mit Frauen und Männern soll die Parität in Führungspositionen weiter verfolgt werden.

- **FidAR: Veranstaltungsprogramm**

- **FidAR Gender Balance in Führungsgremien der Sparkassen**

Datum: 20. Januar 2025, 08:30 – 09:30 Uhr (virtuell)

Thema: Ursachen und Lösungsansätze für die geringe Zahl von Frauen in den Vorständen der Sparkassen

Zur Anmeldung und weiteren Informationen:

<https://doo.net/veranstaltung/175680/buchung>

- **FidAR Hanse – Neujahrstakt und Mitglieder-/Interessent:innen-Treffen**
Datum: 21. Januar 2025, 18:00 – 21:00 Uhr (Präsenz in Hamburg)
Thema: Kennenlernen der neuen Regionalvorständin und Diskussion über Ziele für FidAR Hanse im Jahr 2025
Zur Anmeldung und weiteren Informationen:
<https://doo.net/veranstaltung/175988/buchung>
- **Podiumsdiskussion: Cybersicherheits-Governance und digitale Transformation**
Datum: 27. Januar 2025, 18:30 Uhr (Präsenz in Frankfurt am Main)
Thema: Experten diskutieren die Herausforderungen der Cybersicherheits-Governance und Risikomanagement im Kontext von Gesetzesänderungen wie DORA und dem AI Act.
Zur Anmeldung und weiteren Informationen:
<https://doo.net/veranstaltung/179247/buchung>
- **FidAR Südwest – Netzwerktreffen zum Jahresauftakt 2025**
Datum: 30. Januar 2025, ab 18:30 Uhr (Präsenz in Ludwigsburg)
Thema: Austausch zu Themen und Terminen für 2025 sowie Vernetzung von Mitgliedern
Zur Anmeldung und weiteren Informationen:
<https://doo.net/veranstaltung/177934/buchung>

Partnerveranstaltungen:

- **Initiative Women into Leadership – New Year's Lunch mit Elmar Theveßen**
Datum: 29. Januar 2025, 13:00 Uhr (Präsenz in Düsseldorf)
Thema: Vortrag über die politische Lage in den USA und deren Auswirkungen auf Europa
Zur Anmeldung und weiteren Informationen:
https://forms.office.com/pages/responsepage.aspx?id=0p5zk_XJn0uIoYO7zzQG-3w7pGSiBPJPjY_pLmELrvxUMjNMUzRENDIBT1IJSTJQUVFGWIMxOTFGWC4u&rout=shorturl
- **Deloitte Webcast-Reihe – Update für den Aufsichtsrat 2025**
Zeitraum: Januar – März 2025, 16:30 – 18:00 Uhr (virtuell)
Thema: Aktuelle Entwicklungen in der Aufsichtsratspraxis
Zur Anmeldung und weiteren Informationen:
<https://www.deloitte.com/de/de/services/executive-and-board-programs/events/update-fuer-den-aufsichtsrat-2025.html>
- **2TOP – Board Readiness Programm**
Datum: 21. + 22. Februar 2025, ab 17:00 Uhr (Präsenz im Raum München)
Thema: Qualifizierung und Begleitung von Frauen für Führungspositionen
Zur Anmeldung und weiteren Informationen:
<https://www.2top.network/board-readiness>

VERÖFFENTLICHUNGEN

- **BDP – Pressemitteilung mit Appell zur Bundestagswahl 2025**

Der **Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP)** appelliert an alle politischen Akteure, den **Bundestagswahlkampf 2025 demokratisch und lösungsorientiert zu gestalten**. Angesichts wachsender Politikverdrossenheit und Unsicherheit in der Bevölkerung fordert

der BDP, sich auf die drängenden Probleme wie Klimawandel, gesellschaftliche Spaltung, Inflation, Migration und soziale Ungleichheit zu konzentrieren.

Der BDP begrüßt das **Fairness-Abkommen von sechs Parteien** (SPD, CDU, CSU, Grüne, FDP, Die Linke) als Signal für eine konstruktive Streit- und Kommunikationskultur. Die Umsetzung dieses Abkommens ist entscheidend für die Glaubwürdigkeit der Politik.

Der Verband betont die **Vorbildfunktion politischer Debatten** für die gesellschaftliche Diskussionskultur. Angesichts von Fake News und zunehmender Verrohung ist eine wertschätzende und faire Kommunikationskultur notwendig. Politische Sprache sollte demokratische Werte fördern, das Vertrauen stärken und politisches Engagement anregen.

BDP-Präsidentin Thordis Bethlehem ruft dazu auf, politische Kräfte zu unterstützen, die Freiheit, Minderheitenschutz und ein friedliches Miteinander garantieren. Der Kampf gegen Spaltung, Hass und Rassismus sowie für Respekt, Gleichheit, Freiheit und Demokratie erfordert ein gemeinsames Engagement.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zur **Pressemitteilung**:

https://www.bdp-verband.de/fileadmin/user_upload/BDP/newssystem/presse/pressemitteilungen/pdf/20250110_BDP_P_M_Appell_zur_BTW_2025.pdf

- **DIW Berlin: Artikel – Warum die politische Rechte gewinnt**

In seinem Artikel erklärt **Marcel Fratzscher, Präsident im Vorstand des DIW Berlin**, warum die **politische Rechte in vielen westlichen Demokratien erstarkt** und die **radikale Linke zunehmend marginalisiert** wird. Ein **wesentlicher Grund** dafür ist die Radikalität der Rechten, die oftmals mit extremen, faschistischen Methoden arbeitet, wie etwa der **Verbreitung von Fake-News und Verschwörungstheorien**, um Ängste zu schüren und Wähler zu mobilisieren. Diese Taktiken sind besonders effektiv, da sie auch Menschen erreichen, die von der neoliberalen und ausgrenzenden Politik dieser rechten Parteien am meisten betroffen wären. Ein **weiteres Erfolgsmerkmal der Rechten** ist die **Unterstützung von wohlhabenden, einflussreichen Personen und Medien**, die eine immense Machtbasis für diese politischen Kräfte bieten.

Fratzscher beschreibt, dass der **Rechtsruck in vielen westlichen Ländern** auch die **Aushöhlung der liberalen Demokratie** zur Folge hat. In Ländern wie Polen, Ungarn und Italien haben autokratische und neofaschistische Regierungen durch die Instrumentalisierung demokratischer Institutionen an Macht gewonnen. Die Rechte verteidigt in diesem Kontext oft die Interessen einer kleinen, privilegierten Minderheit, während sie gegen die zunehmende gesellschaftliche Vielfalt und die Umverteilung von Wohlstand kämpft.

Die **politische Linke** hingegen verfolgt einen **sozioökonomischen Verteilungskampf** und strebt eine **stärkere Umverteilung von Reich zu Arm** an. Fratzscher betont jedoch, dass die Linke in dieser Auseinandersetzung weitgehend marginalisiert wurde, was auch an ihrer Radikalität und dem Fehlen einer breiten Unterstützung von einflussreichen Eliten liegt.

Fratzscher warnt vor der **Gefahr eines radikalisierten politischen Klimas** und plädiert dafür, die **Demokratie zu schützen**, ohne auf die Methoden der extremen Rechten zurückzugreifen. Ein **Verbot der AfD oder eine Stärkung der Linken** seien **nicht die richtigen Lösungen**. Vielmehr müsse ein sachlicher, faktenbasierter öffentlicher Diskurs gefördert werden, der die populistischen Narrative der extremen Rechten entzaubert. Er fordert zudem eine stärkere Kooperation statt eines

Verteilungskampfs, da die großen Herausforderungen der Gegenwart nur durch Zusammenarbeit, sowohl global als auch innerhalb von Gesellschaften, gemeistert werden können.

Abschließend stellt Fratzscher fest, dass **westliche Demokratien und marktwirtschaftliche Ordnungen grundlegende Reformen benötigen**, um gerechter und funktionaler zu werden. Dabei soll die **politische Mitte als Brücke** zwischen den unterschiedlichen Vorstellungen von Gerechtigkeit und Leistung fungieren. Die **Lösung liege in mutigen Reformen**, die auf den Werten der Aufklärung basieren und nicht in revolutionären Ansätzen von rechts oder links.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem gesamten **Artikel**:

https://www.diw.de/de/diw_01.c.930181.de/nachrichten/wieso_die_politische_rechte_gewinnt.html

- **FidAR: Veröffentlichung des Positionspapiers**

Das neue Jahr beginnt für FidAR mit einer **klaren politischen Agenda**. Angesichts der **bevorstehenden Wahlen in Deutschland** und der **beunruhigenden Nachrichten aus Österreich und den USA** bleibt das **Thema der Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen von zentraler Bedeutung**. FidAR nutzt die kommenden Wochen, um die politischen Parteien direkt anzusprechen und sie von der Notwendigkeit weiterer gesetzlicher Schritte zu überzeugen. Ziel ist es, die künftige Regierung dafür zu gewinnen, das Ziel der Parität in Führungspositionen bis 2030 weiter zu verfolgen.

In diesem Zusammenhang wird FidAR das **aktuelle Positionspapier an die Parteispitzen senden** und die Parteien über die Notwendigkeit weiterer **Maßnahmen zur Förderung der Parität** informieren. Zudem analysiert FidAR bereits die Wahlprogramme der Parteien und wird die Ergebnisse dieser Auswertung in den nächsten drei Wochen veröffentlichen.

Das Positionspapier von FidAR bekräftigt, dass die bestehenden Quotenregelungen für Aufsichtsräte zwar eine positive Wirkung gezeigt haben, die **Erwartungen jedoch noch nicht vollständig erfüllt** wurden. FidAR fordert daher eine **Ausweitung der gesetzlichen Regelungen**, insbesondere auf Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten, um die Geschlechterquote auch auf die Vorstandsebene auszuweiten. Zudem wird eine **konsequente Durchsetzung von Sanktionen** gefordert, wenn Unternehmen ihre Zielgrößen nicht benennen oder veröffentlichen. FidAR fordert eine transparente und tatsächliche Umsetzung dieser Sanktionen.

FidAR bleibt auch in den kommenden Wochen **aktiv und engagiert**, die **politische Unterstützung** für diese gesetzgeberischen Schritte zu **fördern**, um das **Ziel der Parität in Führungsgremien bis 2030** zu erreichen.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem **Positionspapier**:

https://www.fidar.de/webmedia/user_upload/2024_Positionspapier_Stand_12.2024.pdf

- **DIW Berlin: Artikel - Reduzierung von Kinderarmut**

In seinem Artikel argumentiert **Marcel Fratzscher, Präsident im Vorstand des DIW Berlin**, dass der Staat eine **kostengünstige und effektive Möglichkeit** hat, **Kinderarmut zu bekämpfen**, ohne

zusätzliche Gelder auszugeben. Dies könnte durch eine **Reform der bestehenden BEA-Freibeträge** (Bildung, Erziehung und Ausbildung) erreicht werden. Diese Freibeträge, die derzeit Eltern von Kindern für bestimmte Ausgaben steuerlich geltend machen können, profitieren vor allem einkommensstarke Haushalte, während ärmere Familien weit weniger davon haben. Fratzscher kritisiert diese ungleiche Verteilung und schlägt vor, die Freibeträge auf das gesetzliche Minimum zu senken und die daraus gewonnenen 3,5 Milliarden Euro für eine Erhöhung des Kinderzuschlags zu verwenden.

Der **Kinderzuschlag** ist eine staatliche Leistung, die einkommensschwachen Familien zusätzlich zum Kindergeld zusteht. Eine **Erhöhung des Kinderzuschlags** um rund 120 Euro pro Monat für jedes betroffene Kind würde diesen Familien direkt helfen, ihre sozialen und bildungsbezogenen Chancen zu verbessern. Diese **Umverteilung** wäre besonders **vorteilhaft**, weil sie den einkommensschwächeren Familien zugutekommt und dabei keine neuen Kosten für den Staat verursacht. Die Änderung könnte schnell umgesetzt werden, ohne dass zusätzliche bürokratische Hürden oder neue Programme erforderlich wären.

Fratzscher hebt hervor, dass die **geplante Kindergrundsicherung** zwar eine **wichtige Maßnahme** zur Bekämpfung von Kinderarmut darstellt, jedoch aufgrund politischer Herausforderungen und Wahlkämpfe momentan **vor dem Scheitern steht**. In dieser Situation stellt die **Reform der BEA-Freibeträge** eine **pragmatische und sofort umsetzbare Lösung** dar. Es würde den finanziellen Spielraum für arme Kinder erhöhen und gleichzeitig dazu beitragen, die Chancengleichheit zu verbessern, ohne zusätzliche Mittel in den Haushalt zu benötigen.

Alternativ könnte auch das **Kindergeld um einen kleinen Betrag erhöht** werden, aber diese Maßnahme wäre **weniger zielgerichtet** und würde nicht den gleichen positiven Effekt auf die Kinderarmut haben. Fratzscher betont, dass die Reform der BEA-Freibeträge eine effizientere und zielgenauere Methode ist, um Armut zu bekämpfen, da sie genau diejenigen erreicht, die am meisten Unterstützung benötigen.

Zusammenfassend argumentiert Fratzscher, dass der Staat **durch eine einfache Anpassung der Freibeträge den Kampf gegen Kinderarmut effektiv unterstützen** könnte, ohne den Staatshaushalt zusätzlich zu belasten. Die schnelle und unkomplizierte Umsetzung dieser Maßnahme könnte den betroffenen Familien **mehr finanzielle Freiheit** und **bessere Bildungschancen** bieten.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem gesamten **Artikel**:

https://www.diw.de/de/diw_01.c.931499.de/nachrichten/so_leicht_und_guenstig_laesst_sich_kinderarmut_reduzieren.html

- **Sustainable Blue Economy Partnership: neue SRIA veröffentlicht**

Die "**Sustainable Blue Economy Partnership**" hat Ende 2024 eine **neue Strategic Research & Innovation Agenda (SRIA)** für den **Zeitraum 2024-2026** veröffentlicht. Diese Agenda fokussiert sich auf drei zentrale Prioritäten:

1. **Eine blaue Wirtschaft im Einklang mit der Natur:** Ziel ist es, die nachhaltige Nutzung der marinen Ressourcen zu fördern und innovative Technologien zu entwickeln, die zur Erhaltung der Meeresökosysteme beitragen.
2. **Lösungen der blauen Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität:** Der Fokus liegt auf der Entwicklung von Lösungen, die die Resilienz der Küsten- und Meeresumwelten erhöhen, z. B. durch "Blue Carbon"-Projekte und erneuerbare Meeresenergie.

3. **Eine florierende blaue Wirtschaft für die Menschen:** Hier geht es um die Förderung einer nachhaltigen Nutzung von Bioressourcen, den Ausbau von innovativen Technologien für maritime Sicherheitsoperationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie einer besseren sozialen Integration in Küstengemeinden.

Die Partnerschaft wird durch **Horizon Europe** und **nationale Ministerien aus 30 Staaten**, einschließlich **Deutschland**, finanziert. Sie organisiert regelmäßig thematische Ausschreibungen für Forschungs- und Innovationsprojekte und unterstützt die nachhaltige Transformation der blauen Wirtschaft.

Die **SRIA 2024-2026** umfasst auch **spezifische Ziele und Maßnahmen**, wie die Förderung von Natur-basierter Lösungen, die Verbesserung der marinen Beobachtungssysteme und die Entwicklung digitaler Zwillinge des Ozeans, um die marinen Ökosysteme besser zu verstehen und zu schützen.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zur **SRIA**:

https://bluepartnership.eu/sites/bluepartnership.eu/files/documents/2024-12/sustainable_blue_economy_partnership_strategic_research_and_innovation_agenda_2024.pdf

- **DIW Berlin: Bericht – Immer mehr Vorständinnen und Aufsichtsrätinnen, aber nach wie vor ein weiter Weg bis zur Geschlechterparität**

Die **Gleichstellung der Geschlechter in Führungspositionen deutscher Unternehmen** entwickelt sich stetig weiter, wie der **DIW Wochenbericht Nr. 3/2025** zeigt. Der Bericht beleuchtet die neuesten Zahlen zu **Frauenanteilen in Vorständen und Aufsichtsräten** der größten Unternehmen in Deutschland und analysiert die Wirkung gesetzlicher Regelungen sowie bestehende Herausforderungen. Während die Fortschritte in vielen Bereichen sichtbar sind, zeigt sich, dass noch weitere Anstrengungen notwendig sind, um echte Parität und gleichberechtigte Einflussnahme zu erreichen.

Der **Frauenanteil in den Vorständen der 200 umsatzstärksten Unternehmen** ist im Jahr 2024 auf 19,1 Prozent **gestiegen**. In den Top-100-Unternehmen liegt der Anteil mit 20,8 Prozent etwas höher. Besonders positiv ist die Entwicklung bei den DAX-40-Unternehmen, wo knapp 26 Prozent der Vorstandsmitglieder Frauen sind. Hier gab es 2024 erstmals drei Vorstandsvorsitzende: Diese Vorreiterrolle hebt die Bedeutung von Diversität in den größten börsennotierten Unternehmen hervor. Auch in den Aufsichtsräten zeigt sich eine positive Dynamik: In den Top-200-Unternehmen liegt der Frauenanteil bei 33,2 Prozent, während die DAX-40-Unternehmen mit 39,6 Prozent fast die Geschlechterparität erreichen.

Die **gesetzlichen Regelungen**, insbesondere das FöPoG I (2015) und FöPoG II (2021), haben **entscheidend dazu beigetragen**, diese Fortschritte zu fördern. Unternehmen, die von diesen Regelungen betroffen sind, erfüllen die Vorgaben weitgehend: 95,5 Prozent der Unternehmen mit Mindestbeteiligungsgebot haben mindestens eine Frau im Vorstand. Das FöPoG II hat insbesondere bei börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen mit größeren Vorständen Wirkung gezeigt. Unternehmen mit Bundesbeteiligung weisen mit knapp 34 Prozent sogar den höchsten Frauenanteil in Vorständen auf.

Dennoch gibt es **Herausforderungen**: Während die Fortschritte bei großen und börsennotierten Unternehmen deutlich sichtbar sind, bleibt der Frauenanteil in kleineren Unternehmen, insbesondere in SDAX- und TecDAX-Unternehmen, niedrig. Hier liegt der Anteil der Vorstände ohne Frauen

weiterhin bei über 50 Prozent. Zudem bleibt offen, ob der wachsende Frauenanteil auch zu einem gleichwertigen Einfluss in den Gremien führt. Studien zeigen, dass Diversität in der Besetzung allein nicht ausreicht, wenn sie nicht durch eine inklusive Unternehmenskultur begleitet wird, die die Beiträge aller Mitglieder unabhängig vom Geschlecht fördert.

Zusammenfassend belegt der Bericht, dass die **Förderung von Frauen in Spitzengremien durch gesetzliche Maßnahmen Fortschritte ermöglicht** hat. Dennoch bleibt viel zu tun, um die bestehenden Lücken zu schließen und Geschlechterparität sowie gleichberechtigte Einflussmöglichkeiten nachhaltig zu etablieren. Die Entwicklungen der letzten Jahre sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber weitere Anstrengungen seitens der Unternehmen und der Politik sind unabdingbar, um die Gleichstellung in Führungspositionen langfristig zu sichern.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem gesamten **Bericht**:

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.932102.de/25-3-2.pdf

